

hen Einbußen bei ausländischen Anteilseignern führen würden. Moody's Konkurrenz, das Unternehmen Standard & Poor's, ist weniger optimistisch bezüglich der Inlandsverschuldung und gibt der Volksrepublik derzeit das Kreditrating „BBB“. (AWSJ, 24.11.02) -bö-

33 Schnelles Wachstum des Pharmamarkts erwartet

Die Unternehmensberatung Boston Consulting Group erwartet, dass die Einnahmen der Pharmabranche in China von 6,8 Mrd. US\$ im Jahre 2000 bis 2010 auf 24 Mrd. US\$ ansteigen. Dann werde das Land vom siebten auf den fünften Platz in der Liste der größten Märkte für Arzneimittel vorgerückt sein, hinter den USA, Japan, Deutschland und Frankreich. Großbritannien und Italien werde die Volksrepublik in diesem Zeitraum in punkto Marktgröße überholen. Hauptgrund ist die Veränderung in der Bevölkerungsstruktur durch eine sinkende Geburtenrate und eine mit den USA vergleichbaren Lebenserwartung von 70 Jahren. Bis 2020 werden 16% der Bevölkerung 65 Jahre oder älter sein. (SCMP, 18.11.02; XNA, 12.11.02)

MERCK SIEHT IN CHINA KLEINEN MARKT MIT STRATEGISCHEM POTENZIAL

Thomas Schreckenbach vom Darmstädter Chemie- und Pharmakonzern Merck sieht in China einen kleinen Markt mit strategischem Potenzial. Nach eigenen Angaben erzielt das Unternehmen derzeit noch keine nennenswerten Gewinne aus dem China-Geschäft. Merck hat in China keine eigenen Produktionsstätten und verlässt sich stattdessen auf Importe. Trotz der hohen Wachstumsraten des Pharmamarkts von 12% gebe es erhebliche Nachteile. Dazu gehörten der lokale Protektionismus, die Regulierungsdichte und die langen Registrierungszeiten. Außerdem würden in der nahen Zukunft rigorose Preiskürzungen, starke lokale Konkurrenz sowie Probleme beim Schutz geistigen Eigentums erwartet. (NfA, 15.11.02)

Ebenfalls in China aktiv ist das Schweizer Unternehmen Novartis, das gegenwärtig 100 Mio. US\$ im Land investiert hat und einen Ausbau des En-

gagements plant. In den ersten neun Monaten dieses Jahres erzielte Novartis in China einen Umsatz von 101 Mio. US\$, ein Anstieg von 7,8%. (XNA, 12.11.02) -bö-

SVR Hongkong

34 Internationale Kritik an den Regierungsplänen für ein „Anti-Subversions-Gesetz“

In der kontroversen Debatte um die Ausarbeitung von „Anti-Subversions-Gesetzen“ nach Artikel 23 des *Basic Law* (vgl. C.a., 2002/9, Ü 36, 2002/10, Ü 37), zu der die Regierung der SVR der Öffentlichkeit im September ihre Vorschläge unterbreitet hatte, haben sich im Lauf des Novembers zahlreiche internationale Stimmen zu Wort gemeldet. Diplomaten aus Großbritannien, der EU und den USA sowie zahlreiche Journalisten und Menschenrechtsorganisationen haben die Hongkonger Regierung davor gewarnt, durch eine allzu restriktive Gesetzgebung zum Schutz der nationalen Sicherheit die zivilen Rechte und demokratischen Freiheiten der SVR zu beschneiden.

Europäische Politiker waren durch eine Reise zweier Vertreter der Demokratischen Partei Hongkongs unter Zugzwang geraten, sich in der Frage des Artikel 23 zu äußern. Mitte November besuchten Martin Lee, der langjährige Führer der Partei, und sein Parteikollege James To Kun-sun Brüssel, London und Genf, wo sie mit Chris Patten, dem letzten britischen Gouverneur der Kronkolonie Hongkong und jetzigen EU-Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Sergio Vieira de Mello, UN-Hochkommissar für Menschenrechtsfragen, und Jack Straw, dem britischen Außenminister, sowie mit verschiedenen Parlamentariern und Menschenrechtsvertretern zusammentrafen. Ziel ihrer „Tournée“ war es, unter europäischen Entscheidungsträgern ein Bewusstsein für die Gefährdung der Hongkonger Demokratie und Menschenrechte durch die geplanten Gesetze zu schaffen, die der Regierung rechtliche Handhabe gegen Landesverrat, Abspaltung, Volksverhetzung und Subversion, den Verrat

von Staatsgeheimnissen sowie gegen Tätigkeiten ausländischer politischer Organisationen in der SVR geben sollen.

Wie Lee und To argumentierten, verstießen die geplanten Anti-Subversions-Gesetze gegen die Bestimmungen der „Joint Declaration“ von 1984, wonach Freiheit und Menschenrechte nach der Rückgabe Hongkongs an die VR China im Jahr 1997 nicht geschmälert werden dürften. Großbritannien, das damals die „Joint Declaration“ unterzeichnet hatte, aber auch die anderen westlichen Staaten stünden nun in der Pflicht, deren Inhalte zu verteidigen. Eine Verantwortung westlicher Regierungen bestehe aber auch deshalb, weil die geplanten Gesetze die Rechtsstaatlichkeit und damit das Geschäftsklima beeinträchtigen würden, was sich negativ auf die Interessen ausländischer Investoren auswirken würde. Establishment-nahe Kräfte in Hongkong warfen Lee und To vor, sie würden auf ihrer Reise nichts anderes tun, als „Hongkong schlecht reden“, woraufhin diese entgegneten, sie würden keineswegs Hongkong, sondern vielmehr den Artikel 23 „schlecht reden“.

Die erste internationale Reaktion auf den Besuch der beiden Hongkonger Demokraten kam aus Großbritannien. Ein britischer Parlamentarier hatte zugesagt, dass man der Diskussion um die Anti-Subversions-Gesetze höchste Priorität einräumen werde. Bereits am 18. November übersandte daraufhin der britische Generalkonsul eine zweiseitige Depesche an die Regierung der SVR, worin betont wurde, dass die Hauptstärken Hongkongs in der Befolgung rechtsstaatlicher Grundsätze und dem Respekt von Menschenrechten und fundamentalen Freiheiten lägen. „The Joint Declaration provides that the SAR [Special Administrative Region] government shall protect these rights and freedoms. It is up to the SAR government to ensure that any new legislation is compatible with them. Any legislation which undermined these principles would be seriously damaging to the SAR“ (zit. nach SCMP, 20.11.02). Die britische Seite, so wurde angekündigt, würde den weiteren Konsultations- und Gesetzgebungsprozess aufmerksam verfolgen.

Wenn diese Kritik auch durchaus diplomatisch formuliert ist, so dürfte es sich hier doch um die schärfsten offiziellen Worte handeln, die Großbritannien seit der Rückgabe Hongkongs im Jahr 1997 an die Regierung der SVR gerichtet hat. In den vergangenen Jahren hatte sich in Hongkong der Eindruck verhärtet, dass die britische Außenpolitik keine gesteigerte Aufmerksamkeit für das politische Schicksal der ehemaligen Kronkolonie mehr übrig hätte.

Die USA zogen am 19. November mit einer stärker realpolitisch gefärbten, indirekt aber dennoch kritischen Mahnung an die Adresse der Hongkonger Regierung nach. So äußerte sich der US-amerikanische Generalkonsul mit den Worten: „We agree with the Hong Kong government's goals of building upon existing legislation where possible, and providing a clear and narrowly-drawn definition of offences“ (zit. nach *ibid.*). Damit stellte er die Notwendigkeit einer Anti-Subversions-Gesetzgebung in Hongkong nicht grundsätzlich in Frage, sondern warnte nur vor einer pauschalen, nicht ausreichend präzisen Definition möglicher Straftatsbestände. Am 21. November forderte ein Vertreter des US State Department, eine „breitestmögliche öffentliche Konsultation“ zu den Gesetzesentwürfen zu veranstalten. Damit nahm er die Kritik von Hongkonger und internationalen Rechtsexperten und Menschenrechtsaktivisten auf, die beklagten, dass die von der SVR-Regierung bis Ende des Jahres anberaumten öffentlichen Konsultationen eine bloße Farce darstellten, da die Öffentlichkeit den genauen Wortlaut der geplanten Gesetzgebung gar nicht kenne; gefordert wird daher die Vorlage eines „white bill“, also die Veröffentlichung eines Gesetzesvorschlages im vollen Wortlaut, bevor dieser in den eigentlichen Gesetzgebungsprozess geht, verbunden mit der Bereitschaft, öffentliche Kritik und Gegenvorschläge konstruktiv in das Gesetz einzuarbeiten.

Auf Seiten der EU äußerte sich schließlich Chris Patten in seiner Funktion als EU-Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten. So weit aus einer chinesischsprachigen Hongkonger Quelle bekannt, schloss er zwar die grundsätzliche Berechtigung des Artikel 23 des *Basic Law* nicht aus, stellte aber die Frage in den Raum, wo

denn in Hongkong überhaupt subversive Elemente zu finden seien, die es mit rechtlichen Mitteln zu bekämpfen gelte. Im Vergleich zu vielen europäischen, amerikanischen und asiatischen Städten könne Hongkong als durchaus stabil, sicher und verantwortungsvoll gelten. Eine Notwendigkeit zur Debatte eines Anti-Subversions-Gesetzes sehe er daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht (paraphrasiert nach *Ta Kung Pao*, 18.11.02, nach FBIS, 20.11.02). Von Beijing-freundlichen Kräften in Hongkong handelte Patten sich damit erneut den Vorwurf ein, er würde mit dieser subjektiven Stellungnahme in selbstherrlicher Manier den alten interventionistischen Kolonialanspruch Großbritanniens über die inneren Angelegenheiten der SVR fortschreiben. Hongkong sei inzwischen aber ein Teil der VR China und befinde daher selbst über die Existenz von oder eine zukünftige Gefährdung durch subversive Elemente (*ibid.*).

Das europäische Parlament, so wurde Ende November bekannt, werde sich im Dezember weiter mit dem Gegenstand befassen. Es erscheint durchaus denkbar, dass man hier in den nächsten Wochen zu einer entsprechenden Resolution kommt.

Damit hat die Debatte über die politische Zukunft Hongkongs einen sehr hohen Internationalisierungsgrad erreicht, wie er zuletzt im Jahr 1997 zu beobachten war. Die öffentliche Diskussion in der SVR dürfte dadurch sicherlich befruchtet werden. Insbesondere dürfte der politische Druck auf die Regierung wachsen, ihren Willen zu echten Konsultationen unter Beweis zu stellen und in kontroversen Fragen (wie etwa der geplanten Strafbarkeit des bloßen Besitzes „aufwieglischer Materialien“) Verhandlungsbereitschaft zu zeigen. (SCMP, 13., 15., 20., 27.02; FT, 25.11.02; *Ta Kung Pao*, 18.11.02, nach FBIS, 20.11.02; CND, 22.11.02; Radio Television HK, Radio 3, 24., 27.11.02, BBC PF 25., 28.11.02) -hol-

35 Vorprogrammierte Wahlnerderlage: Erstmalige Beteiligung demokratischer Kräfte an NVK-Delegiertenwahlen

Im Rahmen der in ganz China ange-
laufenen Vorbereitungen auf die kon-

stituierende Versammlung des X. Nationalen Volkskongresses (NVK), der im März 2003 in Beijing stattfinden wird, hat auch in Hongkong Anfang November das Prozedere für die Wahl der SVR-Delegierten für den NVK begonnen.

Im Unterschied zu 1997, als die damaligen NVK-Delegierten in Hongkong durch ein intransparentes konsultatives Verfahren unter Ausschluss jeglicher als „Beijing-feindlich“ geltender demokratischer Kräfte stattfand, wurden nun erstmals Vertreter des demokratischen Parteienlagers in das Wahlverfahren einbezogen.

Die wesentliche Neuerung bestand in diesem Jahr darin, dass das bislang 800-köpfige Wahlkomitee (das zuletzt auch über die Bestätigung Tung Cheehwas als Regierungschef der SVR entschieden hatte) um knapp 20% auf insgesamt 953 Mitglieder erweitert worden war. Zum ersten Mal waren auch die 60 Delegierten der Legislativversammlung – unter ihnen 19 prodemokratische Vertreter (vgl. C.a., 2000/12, Ü 34) – berechtigt, in aktiver und passiver Funktion an den NVK-Delegiertenwahlen teilzunehmen. In das erweiterte Wahlkomitee aufgenommen wurden außerdem die bisherigen NVK-Delegierten der SVR sowie die Hongkonger Mitglieder der Politischen Konsultativkonferenz.

Dieses 953-köpfige Wahlkomitee hatte nun sowohl die Kandidaten für die insgesamt 36 für Hongkong reservierten NVK-Delegiertensitze zu nominieren als auch diese zu wählen. Gemäß des Konkurrenzwahlprinzips, das auch auf dem Festland zunehmend Verbreitung findet, war von Seiten der zentralen Führung in Beijing von vornherein vorgegeben worden, dass die Zahl der Kandidaten für die 36 Delegiertensitze um bis zu 50% über der Zahl der Sitze – also bei maximal 54 Kandidaten – liegen könne. Sollten aus den Reihen des Wahlkomitees mehr als 54 Kandidaten nominiert werden, so würde am 29. November eine Vorwahl abgehalten, um die 54 Bewerber mit der höchsten Stimmenzahl zu bestimmen. Aus diesen sollten dann am 3. Dezember die vorgesehenen 36 NVK-Delegierten gewählt werden.

Der Nominierungsprozess, der vom 8. bis 14. November stattfand, ergab nun tatsächlich eine deutlich höhere Bewerberzahl. Kandidaten galten dann

als qualifiziert, wenn sie von mindestens zehn Mitgliedern des Wahlkomitees nominiert wurden, älter als 18 Jahre alt waren, über die chinesische Staatsbürgerschaft verfügten und „sowohl Hongkong als auch das Vaterland liebten und das Prinzip 'Ein Land, zwei Systeme' respektierten“. Im Laufe der 15-tägigen Nominierungsperiode hatten sich 99 Personen um eine Kandidatur beworben, 78 von ihnen erreichten die erforderliche Mindestzahl von zehn Nominierungen und galten damit als erfolgreich. Unter diesen waren vier prodemokratische Vertreter: Sin Chung-kai, James To Kun-sun und Albert Ho Chun-yan, alle drei Vertreter der Demokratischen Partei und Abgeordnete der Legislativversammlung, sowie der Demokrat und Akademiker Anthony Chung Bing-leung, der allerdings als unabhängiger Kandidat antrat. Ihren eigenen Aussagen nach machten sich die vier Demokraten allerdings kaum Hoffnung, tatsächlich einen der NVK-Sitze zu erlangen, da sie im Wahlkomitee auf wenig Rückhalt hoffen konnten.

Wie erwartet, fiel die Vorwahl am 29. November, die aufgrund der zu hohen Kandidatenzahl (78 statt 54) notwendig geworden war, für die prodemokratischen Kandidaten negativ aus. Keiner der vier erreichte die erforderliche Stimmenzahl, um unter die 54 zugelassenen Kandidaten zu gelangen, die sich Anfang Dezember der offiziellen Endwahl stellen sollten. Unter den vier Demokraten erhielt Anthony Cheung Bing-leung mit 113 die höchste Zahl der Stimmen; damit lag er allerdings noch knapp unter der Hälfte der 238 Stimmen, die der letzte der 54 erfolgreichen Kandidaten auf sich vereinen konnte. Die offizielle Endwahl am 3. Dezember fand somit erneut ohne die Beteiligung demokratischer Kandidaten statt.

Nach Ansicht von Kommentatoren aus dem prodemokratischen Parteienlager war die Wahlniederlage, mit der die Demokraten bereits bei den Vorwahlen scheiterten, vorprogrammiert. Trotz der Erweiterung um die Mitglieder der Legislativversammlung und anderer Gruppen sei das Wahlkomitee nach wie vor zu stark zu überwiegenen Teilen aus Beijingfreundlichen bzw. explizit anti-demokratischen Kräften zusammengesetzt. Auch wenn aus der demokratischen

Minderheit einige Nominierungen zu Stande gekommen seien, hätten die Kandidaten aufgrund der Mehrheitsverhältnisse doch niemals Aussicht auf einen Wahlerfolg gehabt. Wie Sin Chung-kai angab, wolle man sich dennoch auch in fünf Jahren wieder an den NVK-Delegiertenwahlen beteiligen. Auch Christine Loh, die prominente Vertreterin der demokratischen Citizen's Party, beurteilte das Wahlverfahren vorsichtig positiv, da sie darin ein Anzeichen verstärkter Toleranz der parteistaatlichen Führung in Beijing gegenüber oppositionellen Kräften in Hongkong erkannte.

Tatsächlich dürfte ein ansatzweiser demokratischer „Fortschritt“ weniger in dem Umstand zu sehen sein, dass vier Demokraten als Kandidaten nominiert worden sind, als vielmehr in der Erweiterung des Wahlkomitees um die Abgeordneten der Legislativversammlung. Denn diese sind damit, unabhängig von der Niederlage der demokratischen Kandidaten in der Vorwahlrunde, erstmals in der Lage, einen gewissen Einfluss auf die Besetzung der NKV-Sitze auszuüben, wo inzwischen immerhin ein Bewerberüberschuss von 50% besteht. Ähnliche Verhältnisse sind gegebenenfalls in Zukunft auch für Wahlverfahren auf dem Festland denkbar. Von einer Mehrparteien-Demokratie sind diese Verhältnisse freilich noch sehr weit entfernt. (XNA, 2., 5., 9., 12., 19., 26., 30.11.02; Radio Television HK, Radio 3, 4., 25.11.02, nach BBC PF, 5., 26.11.02; SCMP, 5., 29.11.02; WSJ, 29.11.02; ST, 30.11.02; „Christine Loh's Newsletter“, 4.11.02, per E-mail vom 5.11.02) -hol-

36 Nachtrag zur Verschiebung der Regierungserklärung auf Januar 2003

Im Oktober-Heft war berichtet worden, dass die jährliche Regierungserklärung (*policy address*) des Regierungschefs, die traditionell bislang immer im Oktober abgegeben wurde, in diesem Jahr ohne Angabe von offiziellen Gründen auf den Januar 2003 verschoben wurde (vgl. C.a., 2002/10, Ü 36).

Inzwischen wurde bei den zuständigen Stellen in Hongkong, dem Chief Executive Office und dem Chief Secretary of Administration Office, direkt Auskunft eingeholt. Die Antwort beider

Stellen lautet im Kern gleich: Danach wird die nächste Regierungserklärung Tung Chee-hwas am 8. Januar 2003 stattfinden. Das neue Arrangement solle die zeitliche Lücke zwischen der Regierungserklärung und der Haushaltserklärung (im März jedes Jahres) verkürzen und so „zum Nutzen der ganzen Gesellschaft eine zügige Umsetzung neuer politischer Initiativen sicherstellen“ („to [...] ensure the speedy implementation of new policy initiatives, to the benefit of the community at large“) (Private Secretary to Chief Executive, E-mail vom 27.11.02; ähnlich in: Administration Wing, Chief Secretary for Administration Office, E-mail vom 5.12.02, beide auf Anfrage vom 18.11.02).

Die hier gegebene offizielle Begründung bestätigt indirekt den zuletzt vermuteten Zusammenhang zwischen der Verschiebung der Regierungserklärung und der gegenwärtigen schwierigen Haushaltssituation Hongkongs, wobei dieser Zusammenhang hier positiv gewendet wird („to ensure the speedy implementation of new policy initiatives“). In jedem Fall bedeutet das hinausgeschobene Datum für die Regierungserklärung, dass der Zeitraum für mögliche öffentliche Debatten über neue politische Maßnahmen, seien sie positiver oder negativer Art (weitere zu erwartenden Einsparungen im öffentlichen Haushalt) dadurch erheblich verkürzt wird. -hol-

37 Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch höheres Bildungsniveau

Am 27. November hat die Regierung einen Plan für die weitere Entwicklung des höheren Bildungswesens in Hongkong vorgestellt. Er basiert auf den Empfehlungen des University Grants Committee (UGC) vom September. Das UGC hatte im März 2002 einen Bericht zum tertiären Bildungssektor verfasst und öffentlich zur Diskussion gestellt. Die insgesamt 134 schriftlichen Stellungnahmen sollen in die Schlussempfehlungen eingeflossen sein (vgl. C.a., 2002/10, Ü 38). Prof. Arthur K.C. Li, Minister für Erziehung und Arbeitskraft, der den Regierungsplan kommentierte, lobte den Bericht des UGC als solide Basis für den weiteren Ausbau der Bildung und nannte als Ziel der Politik,

„to encourage our tertiary institutions to strategically position themselves, promote quality in teaching and research, and give more choices and articulation opportunities for students“. Hongkong müsse ein Bildungswesen aufbauen, dass den Bedürfnissen einer wissensbasierten Gesellschaft diene und es in ein regionales „center of excellence in higher education“ entwickeln helfe. (www.info.gov.hk/gia/general/200211/27/1127128.htm)

Im Einzelnen sieht der Plan Verbesserungen in der Finanzierung, bei der Zulassung von Studenten und im Universitätsmanagement vor. Um Spitzenleistungen der Hochschulen zu fördern, soll einerseits die Finanzierungsbasis unter Einschluss des Privatsektors erweitert werden, z.B. durch die volle Übernahme der Kosten von Forschungsprojekten durch Träger außerhalb des UGC. Andererseits sollen die UGC-Mittel gezielter eingesetzt werden, was eine klarere Differenzierung hinsichtlich der Aufgaben und Leistungsfähigkeit der Bildungsinstitutionen voraussetzt. Nur durch größere Diversität könnten die lokalen Einrichtungen ihre Stärken so entwickeln, dass sie höchstes internationales Niveau erreichen können.

Durch Ausbau der Programme für Undergraduates soll die Zahl der Studenten erweitert werden; Ziel ist, in den nächsten drei Jahren eine Hochschulbildung für 18% der Jugendlichen im Alter von 17-20 Jahren zu erreichen. Zugleich soll, u.a. mittels eines Systems von Credit Points, eine größere Mobilität der Studenten zwischen Hochschulen erreicht werden. Die diesbezüglichen Vorschläge zum finanziellen Ausgleich („money following the students“) mussten allerdings wegen stärkeren Widerstands fallen gelassen werden. Weiterhin sollen die Quoten für Studenten von außerhalb Hongkongs auf den verschiedenen Ausbildungs- und Post-Graduierten-Stufen erhöht oder ganz abgeschafft werden. Damit soll einerseits die Zahl der Studenten erweitert werden und andererseits sollen von den Non-Locals Impulse auf die Studieninhalte ausgehen.

Alle Hochschulen sind aufgerufen, ihre Managementstrukturen zu überprüfen und dabei alle Bereiche (Lehre, Forschung, Leitung und Dienstleistungen für die Öffentlichkeit) einzubeziehen.

Die Verbesserung des Managements soll u.a. durch externe Beteiligung und mehr Transparenz erreicht werden. Zugleich sollen die Gehaltsstrukturen von denen im öffentlichen Dienst getrennt und eigene Entlohnungssysteme entwickelt werden.

Die Vorstellungen und Pläne der Hongkonger Regierung sind vor dem Hintergrund von Sorgen um die künftige internationale Wettbewerbsfähigkeit der Stadt zu sehen. Diese kamen nicht nur in dem erwähnten UGC-Report zum Ausdruck, sondern auch in dem am 10. November veröffentlichten Bericht eines „Forums zur künftigen Entwicklung Hongkongs“, das organisiert von der Hong Kong University of Science and Technology von Mai bis Juli 2002 Sitzungen abgehalten hat. An den drei Sitzungen unter den Titeln „Positioning Hong Kong“, „Innovation and Entrepreneurship in Hong Kong“ und „The Government's Role in the Economy of Hong Kong“ hatten außer rund 40 Chairs, Sprechern, Diskutanten und Gästen weitere rund 600 Vertreter aus der Wirtschaft, Politik und Wissenschaft teilgenommen. (www.ust.hk/KHUST_Forum/hkforum_report.pdf)

Der Bericht geht davon aus, dass Hongkongs Entwicklung zu einer wissensbasierten Wirtschaft u.a. durch die Asienkrise, die Krise des Neuen Marktes, die weltwirtschaftliche Lage und nicht zuletzt den Terroranschlag vom 11. September starke Rückschläge erlitten hat. Die Suche nach Lösungen müsse aber auch die Schwächen Hongkongs kritisch betrachten, und dazu gehörten aufgrund langer Vernachlässigung auch die mangelhaften Kapazitäten in der höheren Bildung, das unzureichende Verständnis der Rolle von Technologie sowie das Fehlen qualifizierter Arbeitskräfte. Weltweit rangiere Hongkong auf Platz 10 beim Pro-Kopf-BIP, aber auf Platz 42 bei den öffentlichen Ausgaben für Bildung. Der tertiäre Sektor stehe nur einer Elite offen, 2001 konnten nur 13,4% der Bevölkerung ab 15 Jahren eine Hochschulbildung (mit oder ohne Abschluss) vorweisen. Auch die Bedeutung neuer Technologien sei lange Zeit nicht erkannt worden. Andere Länder wie Israel, Indien oder Taiwan hätten in der letzten Dekade bemerkenswerte Erfolge erzielt, indem sie beim Aufbau technologischer Kapazitäten und von Humankapital auf

die Erfahrungen der fortgeschrittenen Länder zurückgriffen. In Hongkong habe man dagegen geglaubt, Technologie brauche man nur einzukaufen. Dabei habe man einen wesentlichen Faktor einer wissensbasierten Wirtschaft übersehen, nämlich die wichtige Rolle eigener Forschungen und Entwicklungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, die für technologische Durchbrüche eine kreative Kultur brauche. Niedrige öffentliche Investitionen (unter 1% des BIP), geringe und seit der Asienkrise noch zurückgehende private Risiko-Kapitalanlagen und ein auf schnellen Profit ausgerichteter Unternehmergeist haben Hongkong weit zurückgeworfen.

Die Hongkonger Regierung hat angesichts dieser massiven Kritik die Förderung von Innovation und Technologie zum Kern ihres Programms erklärt, Hongkong zu einer wissensbasierten Wirtschaft zu entwickeln, wie auch der Regierungschef Tung Chee-hwa in Mexiko Ende Oktober hervorhob, wo er auf dem Weg zur APEC-Tagung ein Technologiezentrum besuchte (XNA, 25.10.02). In Reaktion auf den *Global Competitiveness Report 2002-03* des World Economic Forum betonte ein Regierungssprecher, dass Hongkong zwar insgesamt im Ranking abgesackt sei, beim Kriterium „Technologie“ aber gewonnen habe; entscheidend sei hier der „ICT-Subindex“ gewesen, der die Anwendung und Verbreitung von Technologie messe. (www.info.gov.hk/gia/general/200211/13/1112237.htm) -gs-

38 Zeitschrift eingestellt

Am 4. November wurde das Boulevardmagazin *Eastweek* von der Muttergesellschaft eingestellt. Vorausgegangen war die Veröffentlichung eines Titelblattes am 30. Oktober, das einen nackten und misshandelten Frauenkörper zeigte, der nur ungenügend unkenntlich gemacht worden war. Das Foto war laut Angaben des Magazins vor ca. 10 Jahren aufgenommen worden; abgebildet war das geschlagene und unfreiwillig fotografierte Opfer einer Mafia-Entführung. Unmittelbar nach seinem Erscheinen kam es zu öffentlichen Protesten und Boykottaufrufen von Bürgerrechtlern und Schauspielern; u.a. erschien eine ganzseitige Anzeige in 12 chinesischsprach-

chigen Zeitungen, in der dem Magazin Missbrauch der Pressefreiheit vorgeworfen wurde. Auch die Regierung schaltete sich ein: Regierungschef Tung Chee-hwa äußerte seine Abscheu und die Polizei erklärte, sie wolle ermitteln, ob bei der Aufnahme des Fotos ein Verbrechen begangen worden sei. *Eastweek* entschuldigte sich zwar ebenfalls mit ganzseitigen Anzeigen, wurde aber geschlossen; mindestens drei Manager und die meisten der 200 Beschäftigten sollen entlassen worden sein.

Brisant erscheint der Fall vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um den geplanten Anti-Subversions-Artikel 23 und die befürchtete Einschränkung der Pressefreiheit. Kommentare verwiesen denn auch darauf, dass die Justizministerin bereits angekündigt habe, die Pressefreiheit sei nicht unantastbar. Mit der Einstellung von *Eastweek* auf Druck der Öffentlichkeit habe sie nun ein Beispiel. (XNA, 3.11.02; FAZ, 4.11.02; WSJ, 5., 8.11.02) -gs-

39 Wohnungspolitik revidiert

Der Minister für Wohnungsbau, Stadtplanung und Bodenverwaltung Michael Suen hat am 13. November vor der Legislativversammlung eine Stellungnahme zur Wohnungs- und Eigentumpolitik der Regierung abgegeben, die ein deutliches Umsteuern bedeutet. Dieses scheint notwendig geworden zu sein, nachdem einerseits die finanziellen Mittel der Regierung geringer geworden sind und andererseits die wirtschaftliche Krise zu Einbrüchen auf dem freien Wohnungsmarkt geführt hat. Bereits kurz vor der Stellungnahme hatte der Regierungschef Tung Chee-hwa auf einer Pressekonferenz die Maßnahmen mit der anhaltenden Deflation begründet. Ein wesentlicher Grund dafür sei der auf 65% geschätzte Fall der Eigentums- und Mietpreise seit dem Ausbruch der Krise. Nach Schätzungen von Fachleuten seien 50-60% der Deflation auf die Entwicklung des Wohnungsmarktes zurückzuführen. Durchgreifende Maßnahmen seien daher erforderlich, um die Preise für Wohneigentum zu stabilisieren und damit das Vertrauen der Bevölkerung in die Schaffung von Eigentum zurückzugewinnen.

Oberstes Ziel der Wohnungspolitik ist laut Suen die Versorgung bedürftiger Familien mit subventionierten Mietwohnungen; die Interventionen in den Eigentumsmarkt durch Hilfsprogramme würden auf ein Minimum zurückgeführt werden. Die Regierung werde sich damit auf die Versorgung des Marktes mit Land und die Zahlung von Mietbeihilfen konzentrieren. Das öffentliche Wohnungsbauprogramm werde noch stärker durch den tatsächlichen Bedarf gesteuert werden; die Warteliste sei von 150.000 Familien in 1997 auf derzeit 90.000 Familien verkürzt worden und die Wartezeit für öffentliche Mietwohnungen könne bei durchschnittlich drei Jahren stabil gehalten werden.

Man werde auch künftig Familien mit niedrigem Einkommen und Mieter öffentlicher Wohnungen dabei unterstützen, Eigentum zu bilden, aber nicht mehr durch die direkte Versorgung mit subventioniertem Wohnraum, sondern mit Anleihen zum Kauf von Wohnungen eigener Wahl. Die Regierung könne damit auch ihr Planziel fallen lassen, bis Ende 2007 für 70% der Bevölkerung Wohneigentum zu erreichen, und werde mit der Anleihenpolitik eher den Markt stärken. Derzeit könnten bereits 20.000 fertige Wohnungen nicht verkauft werden, während 30.000 weitere noch im Bau seien. Die Regierung werde daher der Housing Authority empfehlen, den Bau und Verkauf von Wohnungen nach dem Home Ownership Scheme ab 2003 definitiv einzustellen. Auch alle Bauprogramme gemeinsam mit dem Privatsektor würden eingestellt.

Die angekündigten Maßnahmen sollten allerdings nicht zu der Schlussfolgerung verleiten, die Hongkonger hätten keinen Bedarf an Wohnungen. Bereits am 6. November hatte Minister Suen der Legislativversammlung berichtet, dass insgesamt 10.324 bzw. 1,7% der Hongkonger Familien in öffentlichen Wohnungen weniger als 5,5 qm Wohnraum pro Person zur Verfügung haben. So wenig Wohnraum stand auch ca. 10.000 bzw. 3% der Familien in Privatwohnungen zur Verfügung, zeigte die letzte Untersuchung von 1999. Es sei dringend erforderlich, so Suen, eine sozioökonomische Untersuchung über die Auswirkungen des Lebens auf engstem Raum auf Bewohner und Kinder durchzuführen. Die Housing Authority hat-

te im Januar 2001 Hongkong-weit ein Over-crowding Relief Scheme eingeführt, für das sich bereits 7.480 Familien beworben haben und das 3.310 Familien zu größeren Wohnungen verholfen hat. (www.info.gov.hk/gia/general/200211/13/1113269.htm und .../1113135.htm; SCMP, 6.11.02) -gs-

SVR Macau

40 Edmund Hos vierte Regierungserklärung

Macaus Regierungschef Edmund Ho gab am 20. November vor der 27-köpfigen Legislativversammlung seine Regierungserklärung 2003 ab. Ho ist jetzt 47 Jahre und erfreut sich guter Umfrageergebnisse. Die Zustimmungsrate liegt bei 80%. (Zum Vergleich: Bei Hongkongs Regierungschef Tung Chee-hwa beträgt sie nach einer jüngsten Umfrage der Hongkonger Universität 47,1%.) Er bescheinigte Macaus Wirtschaft eine „nachhaltige und gesunde Entwicklung“ nach Errichtung der Sonderverwaltungsregion (SVR) Ende 1999. In seiner Ansprache hob er die Konsolidierung der regionalen Kooperation, Verwaltungsreformen und die Verbesserung der Ausbildung für die Bürger Macaus hervor. Bei der Wirtschaftsentwicklung würden die Tourismus- und die Glücksspielindustrie weiterhin im Mittelpunkt stehen.

Der Regierungschef kündigte eine lineare Einkommensteuersenkung um 25% an. Weiterhin ausgesetzt blieben die Geschäftssteuer und die Tourismussteuer, die Restaurants zahlen müssen. Die Eigentumssteuer werde um 500 MPtc reduziert. Diese Maßnahmen kosten die Regierung 250 Mio. MPtc. Die Einkommensteuer beträgt 10% bis 15%. Ausgenommen von der Steuer sind Personen, die weniger als 85.000 MPtc im Jahr verdienen. Die Spanne soll auf 7% bis 12% gesenkt, das Mindesteinkommen auf 95.000 angehoben werden. Auch die über 17.000 Staatsbediensteten sollen fortan Einkommensteuer zahlen. Einige ihrer Vertreter werden möglicherweise gerichtlich gegen eine solche Entscheidung vorgehen. Sie berufen sich auf Artikel 95 des *Basic Law* von Macau,